

schied zu Tocqueville sei keineswegs zufällig und rühre daher, daß Tocqueville dem Proletariat im Rahmen seiner Theorie keine entscheidende Position bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugewiesen habe. Diese Rolle könne das Proletariat aber auch erst dann übernehmen, wenn es sich seiner Rolle bewußt geworden sei, d. h. also, den Zustand der »Klasse für sich« erreicht habe.

An diesem Beispiel wird schließlich deutlich, daß die Übereinstimmung der Revolutionsanalyse abnimmt, je weiter die Ebene der Deskription verlassen wird. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad machen sich auch die Implikationen der jeweiligen »Theorien des sozialen Wandels« bemerkbar. Demonstriert wird dies an dem Problem der Ablösung der politischen Revolution durch die soziale Revolution und dem unterschiedlichen Stellenwert, der gerade der sozialen Revolution zugeschrieben wird: Bei Marx hebt die »proletarische Revolution« die die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Widersprüche auf und leitet den Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein; bei Lorenz von Stein trägt gerade die »proletarische Revolution« zur vollen Entwicklung dieser Widersprüche bei, die erst durch die »soziale Reform« aufgehoben werden können; für Tocqueville schließlich wird das die bürgerliche Gesellschaft bedrohende Prinzip der Egalisierung in der »sozialen Revolution« wirksam, ein Prinzip, das zugleich auch die »demokratische Bewegung« kennzeichnet. Erst im zunehmenden Abstraktionsprozeß wird also das spezifische Interesse des jeweiligen Autors deutlich, d. h. die Revolutionsanalyse wird zum Beleg einer ganz bestimmten normativen, zukunftsweisenden Idee: Klassenherrschaft, Gesellschaftsordnung des gegenseitigen Interesses und nivellierende Bewegung der demokratischen Revolution (S. 63). Nach Meinung der Verfasser soll gerade dieser Vorgang zeigen, daß eine vom sozialen (bzw. instrumentellen) Kontext separierte »dritte Welt« objektiven Wissens weder konstruiert werden kann noch abrufbereit verfügbar ist.

Beatrix W. Bouvier

Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 23), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 412 S., kart., 64 DM.

Im vorliegenden Band sind zehn Aufsätze des Verfassers zusammengestellt, die ursprünglich 1961 — 1975 erschienen sind und so scheinbar heterogene thematische Bereiche umfassen wie die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Geschichte deutscher und europäischer Parteien, die Entwicklung des Parlamentarismus, britische Verfassungs- und Sozialgeschichte. Gleichwohl durchzieht diesen Band eine grundlegende Fragestellung, die — mit unterschiedlicher Intensität — in allen Beiträgen aufgenommen wird, nämlich die nach den historischen Vorbelastungen und Restriktionen für die Entfaltung eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland. Den Ausgangs- und Angelpunkt nehmen dabei Analysen von Gesellschaft und Verfassung des Bismarckreiches ein.

Der Verfasser ist Max Weber verpflichtet, der scharfsinnig die mangelnde Synchronisation von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung, wie sie in der Konzentration politischer Macht in der ökonomisch gegenüber dem Bürgertum sinkenden Klasse der Großgrundbesitzer des Ostens zum Ausdruck kam, schon früh erkannt hatte. Diese Problematik ist seit den 1960er Jahren von Angehörigen einer jüngeren Historikergeneration immer wieder variiert, vertieft und weiter entfaltet worden. Und auch Ritter reflektiert diesen Strukturdefekt des Bismarckreiches, der so schwerwiegende Folgen für die weitere deutsche Geschichte hatte, nämlich die zu enge soziale Basis der herrschenden Schichten und die politische Schwäche des Bürgertums. Das Mißverhältnis von ökonomischer und politischer Macht wurde durch die Industrialisierung immer krasser, Klassengegensätze und Konflikte verschärften sich.

Im Unterschied zu anderen Autoren richtet Ritter den entscheidenden Vorwurf gegen das politische System des Bismarckreichs nicht moralisierend dagegen, daß liberale und demokratische Grundsätze nur höchst unzureichend verwirklicht worden seien, sondern dagegen, »daß es die politische Bildung der Nation erschwerte«. Diesen heute inflationär mißbrauchten Begriff der »politischen Bildung« siedelt Ritter nicht im Bereich abstrakter Aufklärung an, sondern versteht ihn als historische und politische Erfahrung. Für Ritter liegen die Ursachen für den eklatanten Mangel an politischer Bildung nicht nur in der Macht von Militär, Bürokratie und Junkertum begründet, sondern auch in der Zersplitterung und fehlenden Regierungsfähigkeit der Parteien, in der Ausschaltung der führenden Parlamentarier von der verantwortlichen Bestimmung der Politik — und damit auch in den Bestimmungen der Reichsverfassung.

Die Struktur des deutschen Parteiensystems — die Parteien (und Verbände) der Arbeiterbewegung eingeschlossen — wird aus dem gerade skizzierten Zusammenhang zu einem zentralen Thema der Abhandlungen Ritters. In der Nachfolge von Pluralismustheoretikern wie vor allem Ernst Fraenkel weist der Autor darauf hin, daß im Vergleich zu Frankreich und England Parteien in Deutschland wegen der verzögerten Etablierung parlamentarischer Institutionen erst relativ spät entstanden. Die starken regionalen, sozialen und konfessionellen Gegensätze in Deutschland trugen dazu bei, daß eine relativ große Zahl von Parteien entstand und daß den einzelnen Parteien zudem die innere Kohärenz mangelte. Diese Parteien waren in ihrer Entstehungszeit weltanschaulich-doktrinär geprägt worden und wurden nicht — wie Parteien in funktionierenden parlamentarischen Systemen — gezwungen, ihre Politik und Taktik dem Ziel der Gewinnung oder Erhaltung der Regierungsgewalt anzupassen, also auch Kompromisse zu schließen. Im Unterschied zu den bürgerlichen bzw. bürgerlich-aristokratischen Parteien Frankreichs und Englands im 19. Jahrhundert zeigte sich die mangelnde Integrationsfähigkeit deutscher Parteien darin, daß diese nicht die Unterschichten im Parlament zu vertreten vermochten, die Arbeiterschaft in Deutschland sich vielmehr von den liberalen Parteien frühzeitig löste und Anfang der 1860er Jahre als eigenständige politische Kraft konstituierte. Die Isolierung, die »negative Integration«, die »Gegenweltbildung« der deutschen Arbeiterbewegung ist eben auch Ergebnis des deutschen politischen Systems und seiner Parteien im 19. Jahrhundert gewesen. Im Unterschied dazu hat z. B. die Labour Party in Großbritannien, wie Ritter zeigt, von Anfang an die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften gesucht und die Regeln des parlamentarischen Regierungssystems akzeptiert. Für den Historiker der Arbeiterbewegung, der gewohnt ist, von den Organisationen und Programmen der Parteien, den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter auszugehen, sind gerade die Beiträge Gerhard A. Ritters von besonderem Interesse, in denen die Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen im Kontext des politischen und gesellschaftlichen Systems analysiert wird: Bestimmte thematische und methodische Verengungen können so überwunden werden. Auch in den Aufsätzen, die von ihrem Titel her sich scheinbar auf Probleme der Arbeiterbewegung beschränken (»Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg«, »Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts«, »Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie«), werden sonst anzutreffende Verengungen überwunden.

Ritter plädiert in den vorliegenden Aufsätzen offensiv für die Festigung, Ausdehnung und ständige Belebung des Pluralismus und des parlamentarischen Regierungssystems. Er kritisiert jene Harmonielehren der Demokratie, für die Erscheinungen wie Kanzlerdemokratie, Macht der Parteien, Fraktionsdisziplin, die repräsentative Komponente in parlamentarischen Systemen negativ zu bewerten sind. Diese Vorbelastungen des parlamentarischen Regierungssystems und der Demokratie in Deutschland reichen bekanntlich bis in unsere Gegenwart, wie Ritter u. a. am Antiparteienaffekt, am Antiparlamentarismus und Antipluralismus des Rechts- und Linksradikalismus in der Bundesrepublik zu zeigen versucht.

Die Aufsätze von Gerhard A. Ritter sind in dem Punkt vorbildlich, daß in ihnen Politikwissenschaft und Geschichte gelungen als Sozialwissenschaft verbunden worden sind: Sie können sowohl für jene Politikwissenschaftler beispielhaft sein, die mit esoterischen Theorieansätzen und Modellen sich aus der Geschichte flüchten, als auch für solche Historiker, die einen breiten Strom von Fakten nicht zu strukturieren vermögen. Und wiederum wird an den vorliegenden Untersuchungen deutlich, wie fruchtbar der komparatistische Zugang ist: Erst durch den systematischen Vergleich der deutschen Entwicklung mit der britischen und durch Hinweise auf die Geschichte anderer westeuropäischer Staaten wird die deutsche Abweichung als solche erkennbar, aber auch relativiert.

Peter Lösche

Lothar Gall (Hrsg.), *Liberalismus* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Bd. 85), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 352 S., brosch., 26 DM; geb., 38 DM.

Nutzen und Gefahren von Readern liegen dicht beisammen. Im besten Falle wird ein gelungener Aufriß der Problematik und des aktuellen Standes der Forschung über ein sinnvoll abgegrenztes Gebiet geliefert, im übelsten wird Wissenschaft in schwer- oder auch allzuleicht verdaulichen Häppchen serviert. Davon ist der Band, von dem hier die Rede ist, sicherlich weit entfernt. Etwas enttäuscht legt man ihn dennoch aus der Hand. *Lothar Gall* hat vor Jahren eine sehr gute Edition zum Bismarck-Problem vorgelegt. Dieses Buch hier ist ihm weniger geglückt. Ich verkenne bei diesem Urteil nicht, daß die Zusammenstellung der Beiträge und die zusammenfassende Einführung ins Thema im vorliegenden Fall ungleich schwieriger gewesen sind. Und dennoch. Angesichts der sehr nützlichen fünfundzwanzigseitigen Bibliographie fragt man sich nach der Lektüre der vierzehn Aufsätze und Auszüge, ob der Stand der Forschung über »den Liberalismus« von diesem Band auch nur annähernd reflektiert wird.

Gall hat sich gegen diesen Anspruch freilich schon im ersten Satz seiner Einleitung verwahrt. Die Sammlung könne und wolle nicht einmal eine »vorläufige Bilanz der wissenschaftlichen Diskussion über das [. . .] Thema« ziehen, weil es keine »auch nur als Arbeitshypothese akzeptierte Definition der historischen Erscheinung, die der Begriff evoziert«, gebe. Das leuchtet mir nicht ein. Liberalismus ist eine in Zeit und Raum wandelbare realhistorische Erscheinung und auf der Ebene der Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ein historischer *Begriff*, dem mit Definitionen eher Gewalt angetan, als daß zu seiner Klärung beigetragen wird. Die Entfaltung des Begriffs, zusammenfassend und übergreifend in einer begriffsgeschichtlich orientierten Einführung und monographisch-exemplarisch in sorgsam und wohlbe-gründet ausgewählten Beiträgen: Das wäre ein überzeugendes Editionsprinzip gewesen, das durchaus zu einem Resümee des Forschungsstandes und der wissenschaftlichen Diskussion hätte führen können.

Gall hat die Gelegenheit der Edition nicht zu solch einer begriffsgeschichtlichen Reflexion genützt. Die neun Seiten, die den ausgewählten Texten vorhergehen, sind bedauerlicherweise bestenfalls hier und da über die Einleitung ins Buch hinaus auch eine ergiebige Einführung ins Thema.

Die Beiträge selbst sind — vielleicht etwas vereinfachend gesagt — in zwei Gruppen einzuteilen. Die erste Hälfte ist überwiegend allgemeiner ideengeschichtlicher Natur. In diesen Arbeiten kommen zeitliche und örtliche Differenzierungen, mögen sie auch nicht überall ganz unbeachtet bleiben, kaum zur Geltung. Die zweite Hälfte beschäftigt sich mit der politisch-sozialen Ausdrucksform des Liberalismus im 19. Jahrhundert in einzelnen Ländern. Deutschland ist viermal, Frankreich, England und Rußland sind je einmal vertreten. Die Inhaltsübersicht erweckt einen Eindruck, der von der Lektüre der Beiträge bestätigt wird. Wichtige